



Erneuerung des politischen Mandats

Anforderungen an die Programmdiskussion in den Gewerkschaften

■ von Frank Deppe

Rahmenbedingungen

Der Erwartungshorizont gewerkschaftlicher Politik und Programmatik ist nicht von jener krisenhaften und pessimistischen Stimmungslage abzutrennen, die derzeit in der Gesellschaft wie in der Politik vorherrscht. Daraus folgt: offensichtlich ist gegenwärtig der Erfolg oder Mißerfolg gewerkschaftlicher Interessenvertretung vor allem daran zu messen, inwieweit es gelingt, ihre Schutzfunktionen für die abhängig Beschäftigten wahrzunehmen.

Die Rahmenbedingungen auch der gewerkschaftlichen Programmdiskussion sind u.a. durch die folgenden Entwicklungstendenzen bestimmt:

1. Die Massenarbeitslosigkeit wird – auch bei einer möglichen Wiederbelebung der Konjunktur (für die gewiß auch die Bonner Regierungsparteien im Blick auf die Bundestagswahlen im Oktober dieses Jahres einige Anstrengungen unternehmen werden) – auf dem derzeitigen hohen Niveau bleiben bzw. noch ansteigen.

2. Auf dem Feld der gewerkschaftlichen Tarifpolitik sind derzeit – auch bei enormen Anstrengungen und einer er-

folgreichen Mobilisierung für Aktionen des Arbeitskampfes – kaum strahlende Siege zu erringen. Eher wird sich die geradezu dramatische Defensivposition, in die die Gewerkschaften angesichts von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit sowie aufgrund des Drucks der Kapitalstrategien wie der konservativen Regierungspolitik geraten sind, noch verstärken.

3. Es ist zu befürchten, daß – auch vor dem Hintergrund dieser Prozesse – die Binnenprobleme der Gewerkschaften – d.h. vor allem Mitgliederverluste, Finanzprobleme sowie schwindende Motivation von Aktivgruppen – immer mehr Kraft absorbieren und insofern nicht nur auf die Handlungsfähigkeit, sondern auch auf das Klima der Organisations- und Programmdebatte zurückwirken.

4. Natürlich werden im Jahre 1994 die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung nicht allein durch

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft in Marburg. Bei diesem Artikel handelt es sich um das Referat auf der Arbeitstagung des Forum Gewerkschaften »Politische Positionsbestimmungen der Gewerkschaften und Organisationsreform« am 14./15. Januar 1994 in Springen/Ts.

die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen sowie durch die allgemeine politische Entwicklung in Europa (vor allem in Ost- und Südosteuropa) und der Welt, sondern auch durch den Tatbestand bestimmt werden, daß es sich um ein sog. »Superwahljahr« handelt.

Im Zentrum der politischen Debatten stehen die Überwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit, damit auch das Scheitern der neokonservativen und neoliberalen Politik im Osten wie im Westen Deutschlands. Gegenüber den möglichen Wirkungen eines Eintritts der SPD in die Bundesregierung nach dem Oktober 1994 ist gewiß Skepsis angebracht. Gleichwohl ergibt sich die Chance, daß über gewerkschaftliche Aktionen wie über die Programmdebatten stärker gesellschafts-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Alternativen artikuliert und vertreten werden können – gegenüber der Hilflosigkeit der herrschenden Politik bzw. gegenüber einer (nicht ganz so hilflosen) Logik dieser Politik, die auf die Marktkräfte, den Abbau des Sozialstaates, die Austeritätspolitik der Bundesbank setzt (vor allem im Interesse des exportorientierten deutschen Kapitals) und dabei die sozialen Spaltungen und die Krisenprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft noch verstärkt und die Modernisierungsrückstände festschreibt.

Ende der Prosperität

Diese gegenwärtigen Erfahrungen stehen im umfassenderen Zusammenhang einer ökonomischen, gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Umbruchkonstellation bzw. eines Formationswechsels, über den schon seit den frühen achtziger Jahren – also lange vor der welthistorischen Zäsur des Jahres 1989 und dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme und dem Ende der Systemkonkurrenz – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften intensiv diskutiert wurde. Dieser Umbruch umfaßt sowohl die Ordnungssysteme der internationalen Politik als auch die innere gesellschaftliche Entwicklung: die Produktivkräfte, die Sozialstrukturen, die Funktionen des Nationalstaates, das Verhältnis von Produktion und Natur, das Verhältnis von Arbeit und Nicht-Arbeit usw.

Burkhart Lutz hat diese übergreifende Problematik Anfang 1993 treffend zusammengefaßt: Die Krise der Politik, die wir derzeit allenthalben – vor allem im Hinblick auf den »Osten« – erleben, verweist auf »Strukturprobleme des We-

stens« selbst; denn wir leben in einer Zeit, »in der eine Wachstums- und Prosperitätskonstellation, die zunächst Amerika, dann Europa und den Fernen Osten jeweils über Jahrzehnte hinweg getragen hat, weltweit an ihre Grenzen gestoßen ist, und in der offenkundig wird, welche katastrophale Konsequenzen jeder Versuch nach sich ziehen muß, diese Grenzen gewissermaßen gewaltsam weiter hinauszuschieben.«

Burkhart Lutz fügt hinzu: »Wir sind inzwischen offenkundig am Ende einer historischen Konstellation angelangt, die es vielleicht noch gerechtfertigt hat, unsere Gesellschaften primär als marktgesteuert zu sehen und bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme in erster Linie auf marktinduziertes Wachstum zu vertrauen«. Und fügen wir – der Ehrlichkeit halber – hinzu, daß Burkhart Lutz dies mit einer fundamentalen Kritik an den traditionellen – rechten wie linken – Deutungs- und Erklärungsmustern von Gesellschafts- und Politikanalyse seit dem 19. Jahrhundert verbindet: »das Fehlen einer zureichenden begrifflichen Abbildung der realen Verhältnisse (ist) selbst wesentlicher Bestandteil der Strukturprobleme unserer Gesellschaft.«¹

Die Zukunftsdebatte

Die Reformdebatte in den Gewerkschaften hat eine Vorgeschichte in der wichtigen »Zukunftsdebatte« der 80er Jahre. Diese ging von der Erkenntnis aus, daß die Gewerkschaften die »Zeichen der Zeitenwende« begreifen müssen, um nicht zu einer »Traditionskompanie« mit ständig schrumpfender Mitgliederbasis im Bereich der männlichen Facharbeiter in der Industrie abzusinken. Die Krise der Gewerkschaften in anderen westeuropäischen Ländern mußte als Warnung verstanden werden.

Die zentralen Elemente des Umbruchs, die in diesen Debatten zur Kenntnis genommen wurden, waren:

1. Die »mikroelektronische Revolution«, die Internationalisierung der Wirtschaft, die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors und der Dienstleistungstätigkeiten, die zunehmende Feminisierung der Erwerbsarbeit.

2. Der gesellschaftliche Strukturwandel: die fortschreitende Auflösung klassischer »proletarischer« Milieus oder Lebenswelten, Wertewandel, Individualisierung, Bedeutungsverlust von Arbeit für die Lebensentwürfe vor allem junger Menschen.

3. Im nationalen und globalen Rahmen: die Überlagerung der klassischen Konflikte um soziale Ungleichheit durch neue soziale (Armut in der Welt, Nord-Süd-Spaltung) und ökologische Risikolagen.

4. Im politischen Bereich: die Wende zur Vorherrschaft des Neokonservatismus, der den Sozialstaat und die Gewerkschaftsmacht für die Krisen in der kapitalistischen Welt seit den 70er Jahren verantwortlich machte und über sein Programm der Wiederherstellung der Marktfreiheit durch Deregulierung und Flexibilisierung eine Revitalisierung der Wachstums- und Modernisierungspotentiale moderner kapitalistischer Gesellschaften versprach.

Ich erinnere an die »Zukunftsdebatte« der 80er Jahre nicht nur deshalb, weil die damals aufgeworfenen Fragen und Probleme heute noch von Bedeutung sind, sondern weil sich inzwischen – auch als Bestandteil der DGB-Programmdiskussion – allerlei Mythen gebildet haben, die den angeblichen Abbruch der Zukunftsdebatte Anfang der 90er Jahre als eine Art Untergangsszenario – d.h. zugleich als einen verhängnisvollen Sieg der »Traditionalisten« über die »Modernisierer« – deuten.² Immerhin wird von den Herausgebern eines im Bund-Verlag erschienenen Buches zur »Reform des DGB« schon in der Einleitung die Behauptung kolportiert, der Modernisierungsdiskurs in der IG Metall habe »das auf der örtlichen Ebene (IG-Metall-Verwaltungsstellen) vorherrschende »Klassen(kampf-)Paradigma« nur wenig relativieren können.«³

Das wirkliche Problem, das die bloße Verlängerung der Debatten der 80er Jahre in die Gegenwart erschwert, liegt auf einer anderen Ebene – in den politischen und ökonomischen Veränderungen und Krisenprozessen, die sich seit 1989 vollzogen haben und die die Grundlagen und Rahmenbedingungen der Reformdebatte verändert haben. Natürlich sind die Themen der Zukunftsdebatte nicht vom Tisch, aber die Auseinandersetzung um ihre Bearbeitung steht heute im Zusammenhang vielfältiger neuer Erfahrungen: die Krise des deutschen Einigungsprojektes und die Transformationskrise in den Ökonomien und Gesellschaften Osteuropas, die politische Neuordnung Europas, die Weltwirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit, die »Renaissance der sozialen Frage« (gewiß auch in neuen Formen), die Verschiebung des neokonservativen Projektes nach rechts, die Infragestellung – von Seiten der Un-

ternehmerverbände – des sog. »Modell Deutschland«, das sich nicht allein durch sozialstaatliche Sicherungen, sondern auch – vor allem im Bereich des Arbeitsrechts – durch die wechselseitige Anerkennung von Regulationsformen der Arbeitsbeziehungen und der Klassenbeziehungen (vor allem über Tarifverträge) auszeichnete (»der Tarifvertrag und seine Einheitsregelung muß aufgebrochen werden«, meint Dieter Kirchner) – um nur einige Stichworte (die noch stark »eurozentriert« sind) zu nennen.

Es wäre naiv, angesichts dieser äußerst komplexen Konstellation über radikale Rhetorik Selbstgewißheiten vorzuspiegeln. Aber mindestens ebenso naiv scheint es mir, angesichts dieser Realitäten an einem Programm der Modernisierung festzuhalten, wie es jüngst noch einmal von Walter Müller-Jentsch zusammengefaßt wurde: »Die Modernisierer ... wollen den Tendenzen zum gesellschaftlichen Wertewandel, zur Individualisierung und Selbstverwirklichung Rechnung tragen und fordern von den Gewerkschaften, daß sie sich zur »Diskursorganisation« mit einer neuen »Beteiligungskultur« fortentwickeln. Sie plädieren darüber hinaus für die Ausweitung der gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele auf Fragen der Ökologie und der Kultur.«⁴

Positionsbestimmungen

Was sind die Eckpunkte der derzeitigen DGB-Programmdebatte? Ich greife zunächst drei Positionsbestimmungen heraus – nicht der Systematik wegen, sondern um eine Typologie von Grundsatzpositionen zu umreißen –, von denen aus dann konkretere Bestimmungen für das Profil des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses abgeleitet werden.

Erstens: Seppel Kraus, bei der IG Chemie-Papier-Keramik zuständig für Fragen der DGB-Reform, schreibt in einem Beitrag mit dem Titel »Bausteine für eine DGB-Reform«: »Es gibt Gewerkschaftskollegen, deren Grundanschauung von einer Fundamentalkritik an der Marktwirtschaft ausging und das Ziel eines neuen Gesellschaftsmodells anstrebte, angelehnt an den »real existierenden Sozialismus«. Nachdem nun die ganze Wahrheit darüber zutage getreten ist, kann man das Ziel nicht mehr aufrechterhalten, allerdings wird die Fundamentalkritik an der Marktwirtschaft nicht aufgegeben. Es ist zu befürchten, daß diejenigen, die auf der Suche nach »neuen Zielen« sind, die Diskussion einer Reform des DGB zu nutzen versuchen, um derartige Fundamentalkritik am marktwirtschaftlichen Modell einzubringen, und um andere dazu zu zwingen, an ihrer Suche nach »neuen Zielen« teilzu-

nehmen. Dem muß man sich ganz entschieden entgegenstellen.«⁵ Das ist klar formuliert, aus der Epoche des »Kalten Krieges« noch wohlbekannt und doch – im Blick auf die Programmdebatte – recht dürftig: Anerkennung der Marktwirtschaft, des parlamentarisch-politischen Systems und der Sozialpartnerschaft; Ausgrenzung von »undiskutierbaren Heilspositionen zur Rettung der Menschheit – gerade in wirtschaftlichen und ökologischen Fragen.«⁶

Als *zweite* bemerkenswerte Position verweise ich auf einen Beitrag des Münsteraner Soziologie-Professors Sven Papcke zum Thema »Sozialpartnerschaft. Zur Aktualität eines gesellschaftspolitischen Konzepts im Werk von Goetz Briefs.«⁷ Da wird das Konzept eines einstigen Sympathisanten des Faschismus und des Hauptideenspenders der Unternehmerverbände und der FAZ seit den späten 40er Jahren (der stets noch gefordert hatte, den Gewerkschaften ihr Mandat zu entziehen, wenn sie zum Beispiel für die Durchsetzung bzw. die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer eintraten – die paritätische Mitbestimmung bezeichnete Briefs als »syndikalen Totalitarismus«, der zum »Gewerkschaftsstaat führt«⁸) als eine geradezu hellsichtige Vision der »befestigten Gewerkschaft«, die mit Staat und Unternehmern kooperiert, angepriesen.

Papcke, immerhin selbst einmal ein besonders radikaler Linksintellektueller,⁹



¹ Burkart Lutz, Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau. Deutsch-deutsche Herausforderungen an die Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/1993, S. 25/26.

² So z.B. Eberhard Fehrmann, Die Rückkehr der Nostalgiepolitik. Die Niederlage der Modernisierer bedeutet den Abbruch des gewerkschaftlichen Reformprozesses, in: Freitag, 12. November 1993, S. 17.

³ Josef Schmid und Heinrich Tiemann, zit. nach Thomas Leif u.a. (Hrsg.), Reform des DGB, Köln 1993, S. 13.

⁴ Walter Müller-Jentsch, Gewerkschaftliche Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel, in: W. Kowalsky und W. Schröder (Hrsg.), Linke, was nun? Berlin 1993, S. 137ff., hier S. 143.

⁵ Seppel Kraus, Bausteine für eine DGB-Reform, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/1993, S. 284ff., hier S. 289.

⁶ Ebd., S. 286.

⁷ Sven Papcke, Sozialpartnerschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12/1993, S. 766 ff.

⁸ Zu den Positionen von Briefs vgl. auch Frank Deppe, Autonomie und Integration, Marburg 1979, S. 130ff.; sowie Frank Deppe u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. Aufl., Köln 1989, S. 514ff.

⁹ Einen Artikel aus dem Jahre 1969 über »Mitbestimmung« schließt er mit einem Zitat aus der Mannheimer Zeitschrift »Roter Rebell«, das seine

begleitet die Sympathien von Briefs für den Faschismus, seinen positiven Kommentar zum »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« vom 20. Januar 1934, mit wohlwollenden Floskeln: »Schien denn das neue Gefolgschaftsprinzip nicht endlich eine Entideologisierung des Betriebslebens einzuleiten?«¹⁰ Auf der anderen Seite geifert er gegen Linke wie z.B. Theo Pirker, der völlig zu Recht Briefs als »Schreiberling der Unternehmer« kritisiert hatte. Dazu Papcke: »Die Linke huldigte zuweilen einem dichotomischen Weltbild, nicht unähnlich der Rechten übrigens, selbst wenn das eine Mal von Klasse die Rede war und das andere Mal von Rasse.«¹¹

Es wäre auch im Hinblick auf manch andere Beiträge zur gewerkschaftlichen Reform- und Programmdebatte reizvoll, weiter auf die Frage einzugehen, wie es eigentlich um die Glaubwürdigkeit von Intellektuellen bestellt ist, die über die letzten beiden Jahrzehnte ihre politischen und wissenschaftlichen Positionen immer weiter von ultralinks in Richtung rechts verschoben haben. Darauf will ich hier verzichten. Allerdings sind solche Positionswechsel aus der deutschen Gewerkschaftsgeschichte wohlbekannt – ich erinnere nur an Lothar Erdmann, den Sekretär und Redenschreiber von Theodor Leipart, dem letzten Vorsitzenden des ADGB vor 1933. In der »Bernauer Rede« von Leipart und in dem Artikel von Erdmann »Nation, Gewerkschaften und Sozialismus« (in der »Arbeit« vom März/April 1933) spukte jener Gedanke eines nationalen Sozialismus, der sich auf das Volksgemeinschaftsprinzip (als Basis einer neuen, nationalen Sozialpartnerschaft) bezieht und vom Klassenkampfgedanken Abschied nimmt.¹² All das ist von der heutigen politischen Wirklichkeit noch weit entfernt. Aber es gibt doch erneut eine starke Tendenz zur Renationalisierung der Politik (als Antwort auf die Krise und die neuen politischen Verhältnisse nach 1989), zur Aufwertung der »nationalen Frage« im Sinne eines Solidarpaktes. Es gibt zwar nicht mehr die Zeitschrift »Die Tat« als Organ der jungkonservativen Revolution, zu deren Trägerkreis Mitarbeiter der ADGB-Führung wie Erdmann Kontakt hielten, aber es gibt die »Junge Freiheit« (die sich ausdrücklich zu dieser Tradition bekennt), die sich bemüht, sozialpatriotische Stimmen – auch aus den Gewerkschaften – in ihrer Zeitung zur Wirkung zu bringen.

Die dritte, wohl einflußreichste Konzeption in der gegenwärtigen Programm-



debatte läßt sich mit dem Begriff »postsozialistische Gestaltungsoption« einigermaßen präzise beschreiben. Die Argumentation lautet kurz zusammengefaßt:¹³

■ Nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme müssen Gesellschaften und ihre Entwicklung ohne Transformationsperspektive gedacht werden können. Mit einem Anflug von Wehmut – im Blick auf ihre eigene Geschichte – sagen die Autoren: die alte »sozialdemokratische Kröte« muß geschluckt werden. Es gibt keine sozialistische Alternative als Gesellschaftsmodell; es gibt – so fügen andere hinzu – keinen »Dritten Weg« mehr (das war die Traditionslinie des demokratischen Sozialismus). Es gibt nur noch: Gestaltung statt Transformation.¹⁴

■ Daraus folgt, daß man nicht umhin kommen wird, »bei aller Kritik am Kapitalismus als Herrschaftsverhältnis, als zu Krisen und ökologischer Destruktivität tendierend, ein positives und mögliches Bild von den Eckpfeilern der auf absehbare Zeit alternativlosen Gesellschaft zu entwerfen.«

■ Sodann verwandelt sich die häßliche Kröte in die schöne Prinzessin: Man muß nämlich den Markt auf seine optimale Reichweite hin abstecken und innerhalb dieser Reichweite zu optimieren versuchen. Entsprechend müssen Unternehmen im Sinne gesellschaftlicher Ziele optimiert und »zivilisiert« werden, was den Streit um die Grenzen einzelwirtschaftlicher Vernunft, um die Bürgerrolle im Betrieb, aber immer auch die Kenntnis und Respektierung der Bestands- und Effizienzbedingungen der Unternehmen einschließt. Gleiches gilt dann auch für den Staat, den man eben nicht überfordern darf.

Besonders originell ist diese postsozialistische Gestaltungsoption nicht, weil sie nur die »Normalität« gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik – nicht erst seit Godesberg – zur Norm erhebt: Gestaltung statt Transformation, das Ideal des sozial und ökologisch regulierten Kapitalismusmodells.

Neuer Regulationstyp

Der zweite Vorsitzende der IG Metall sieht unter dem Titel »Regulierung + Reform = Zukunft« in einer neueren Programmschrift der »postsozialistischen Linken« deren Aufgabe vor allem darin, »daß die gesellschaftliche und staatliche Vernetzung einzelwirtschaftlichen Handelns auch in der tiefgreifenden ökonomischen und politischen Krise nicht zur Disposition gestellt wird. Regulierung muß sich in der Krise bewähren: Sie muß die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Gesellschaftsspaltung und Naturzerstörung bekämpfen.«¹⁵

Dieser Forderung kann man leicht zustimmen, obwohl vielleicht schon der Verdacht keimt, daß in der neueren Geschichte der Sozialdemokratie – vor allem dann, wenn sie an der Regierung beteiligt war – auf der Ebene der Programme stets von großartigen Gestaltungsaufgaben ausgegangen wurde, während dann in der Praxis – besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise – resigniert eingestanden wurde, es sei noch das Beste, die Rolle – ich gebrauche bewußt einmal diese wirklich abgeschmackte Formulierung – des »Arztes am Krankenbett des Kapitalismus« zu spielen. Damit soll zunächst nur ausgedrückt werden, daß es nach bisherigen geschichtlichen Erfahrungen für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht keineswegs ausreicht, wenn die Gewerkschaften die positiven Seiten der bestehenden kapitalistischen Ordnung anerkennen und zur »zivilgesellschaftlichen« Kooperation mit Staat und Unternehmern bereit sind. Zumeist haben Gewerkschaften bei solcher Kooperation erhebliche Abstriche von ihren Programmen machen müssen. Ich denke hier nicht einmal an die Weltwirtschaftskrise nach 1929, sondern an die verschiedenen Solidarpakte mit einer eher linken Regierung und den Unternehmerverbänden, die die Gewerkschaften seit den 70er Jahren in Italien, in Spanien, in Frankreich oder in den skandinavischen Ländern abgeschlossen haben. Daraus ziehe ich eine erste Schlußfolgerung: die Formel »Gestalten statt Transformieren« ist wenig hilfreich, um die heutigen Anforderungen an eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik angemessen zu erfassen.

Dazu kommen aber weitere Unklarheiten beim Begriff der *Regulierung*. Was meint er? Welche Regulationsformen? Und wie sind sie durchzusetzen?

Welche Rolle spielen Gewerkschaften im Regulationssystem? Dieser entscheidende Punkt bleibt höchst nebulös. Nach der sog. »Regulationsschule« bestimmt sich eine historische Formation in der Geschichte des Kapitalismus – z.B. die sog. »fordistische Formation« – über einen Zusammenhang zwischen Akkumulationstyp und Regulationsregime. Damit sind alle jenen rechtlichen, institutionellen, auch kulturellen und politischen Formen bezeichnet, die der Stabilität und Reproduktion einer solchen Formation angemessen sind.

Die französischen Begründer dieser Regulationsschule weisen ausdrücklich darauf hin, daß jedes Regulationsregime Ergebnis des Klassenkampfes, Ausdruck einer bestimmten – zeitweilig festgeschriebenen, institutionalisierten – Kräftekonstellation der Klassen ist. Auch das System der deutschen Sozialpartnerschaft, als eine spezifische historisch politische Form der Regulation, ist ein solches Ergebnis. Daß die Unternehmer gewöhnlich vielfach diese Form der Konfliktbearbeitung (»Institutionalisierung des Klassenkampfes«, nannte man das früher im Anschluß an Theodor Geiger) aufkündigen, ist auch Ausdruck der Auflösung, der Erosion des alten Regulationstyps und gleichzeitig Kampf um die Etablierung eines neuen Regulationsregimes, das – wenn die radikalisierte neokonservativ/neoliberale Politikvariante sich nun auch unter dem Druck der Wirtschaftskrise endgültig durchsetzen sollte – keine starken Gewerkschaften – auf der betrieblichen, der tarif- und der gesellschaftspolitischen Ebene – mehr kennt und sie deshalb auch nicht »anzuerkennen« braucht.

Das aber bezeichnet das entscheidende Feld, auf dem die Debatte über Programm und Reform des DGB geführt werden sollte. Der »alte« fordistische Regulationstyp mit seinen bestimmenden Merkmalen Keynesianismus und Sozialstaatlichkeit löst sich seit den Krisen der 70er Jahre auf. Im Kontext der politischen Veränderungen seit 1989 und der Weltwirtschaftskrise erfolgt jetzt ein weiterer Schub der Demontage dieses »alten Modells«, zum Teil gleichsam »anarchisch« unter dem Druck der sozialökonomischen Prozesse, zum Teil strategisch bewußt, als Forcierung der Politik der Deregulierung, des weiteren Abbaus der Sozialstaatlichkeit, der Verfestigung sozialer Spaltungen, der Festbeschreibung der Massenarbeitslosigkeit usw. Aber es gibt auch Gegenbewegungen, die nunmehr eine Wende in der Po-

litik vor allem im Hinblick auf den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und für Beschäftigung einfordern.

Regulation meint *politische und gesellschaftliche* Antworten auf jene Widerspruchskomplexe, die aus der inneren Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Wirtschaft hervorgehen. Ein neuer Regulationstyp, der eine Bewältigung des Problems der Massenarbeitslosigkeit, der Entkoppelung von Produktion und Arbeitsmarkt, des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsverfalls usw. zum Inhalt hätte, müßte daher über die Unternehmensebene hinausgehen. Wenn die betriebliche Gestaltung von Arbeitszeit und Lohn nicht mit einer gesellschaftspolitischen Offensive zur Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldbedingungen verbunden wird, dann besteht die Gefahr, daß sich die Spaltungen vertiefen und letztlich auch die Gewerkschaften – als Organisationen der Gesamtheit der Lohnabhängigen – Opfer dieser Spaltungen werden.

Die Konturen eines solchen neuen Regulationstyps zu umreißen – das wäre eine zentrale Aufgabe eines gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Programms des DGB. Die weitverbreitete These, daß in der heutigen Zeit keine Alternativen zur bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung denkbar sind oder sein sollen, ist eine neue Form des konservativen Bewußtseins, auch in den Gewerkschaften.

Zukunftsstrategie

Burkhardt Lutz formuliert die Aufgabe so: »Die Gewerkschaften müssen ... ihre noch verbliebene Legitimität mit hohem Nachdruck darauf verwenden, sich eine neue, langfristig zukunftssträchtige Strategie zu erschließen. Sie sind mehr als irgendeine andere gesellschaftliche Instanz darauf angewiesen, anstelle des gewissermaßen blinden historischen Projektes individueller Wohlstandssicherung, das die Nachkriegszeit bestimmte, ein neues überzeugendes Gesellschaftsprojekt zu konzipieren und in der Öffentlichkeit zu verbreiten ...«¹⁶

Die Forderung nach einer Erneuerung des politischen Mandats der Gewerkschaften hat daher mit einem bloß traditionalistischen Rückbezug nichts gemein. Sie bezieht sich gerade auf die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften, die nicht durch Anpassung, sozialpartnerschaftliche Kooperation und den Verzicht auf gesellschafts-

politische Alternativen (die die Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen einschließen) zu bewältigen sind:

■ Die Krise des neokonservativen Projekts (national und international) verlangt einen Beitrag der Gewerkschaften zu einer gestaltungsfähigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternative jenseits der stillschweigenden Anerkennung des Naturcharakters der Marktprozesse.

■ Das Zivilisationsmodell der kapitalistischen Zentren der »Triade« kann nur um den Preis globaler politisch-militärischer, sozialökonomischer und ökologischer Katastrophen das vorläufig letzte Wort der Geschichte – nach dem Ende der Systemkonkurrenz – sein. Die Fragen nach einem neuen Wachstums- und Entwicklungstyp, nach der Überwindung einer Produktions- und Lebensweise, die auf Ressourcenvergeudung, Umwelt- und Naturzerstörung beruht, nach neuen weder marktförmig noch militärisch dominierten Formen internationaler Kooperation, Sicherheit und Reichtumsumverteilung – diese Fragen sind längst zu den strategischen Schlüsselfragen am Ende dieses Jahrhunderts geworden. ♦

Ausführungen zusammenfassen soll: »Die Mitbestimmung im Kapitalismus bedeutet ..., daß die Gefängnisinsassen Vorschläge für die Einrichtung ihrer Zellen machen dürfen«. Sven Gustav Papcke, Proletarische Spontaneität oder gewerkschaftliche Disziplin. Ein Mitbestimmungsproblem, in: ders. (Hrsg.) Anpassung oder Widerstand. Gewerkschaften im autoritären Staat, Frankfurt und Hamburg 1969, S. 11ff., hier S. 43.

¹⁰ S. Papcke, Sozialpartnerschaft, a.a.O., S. 773.

¹¹ Ebd., S. 769.

¹² Vgl. zu Erdmann: Frank Deppe, Witich Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus und Gewerkschaften 1929-1933, Köln 1981, bes. S. 321/2.

¹³ Jürgen Hoffmann u.a., Herausforderungen der Gewerkschaftspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/1993, S. 271 ff.

¹⁴ Walter Müller-Jentsch (a.a.O., S. 140) formuliert den gleichen Gedanken so: »Traditionalisten halten grundsätzlich an der Vorstellung und Hoffnung einer Transformation kapitalistischer Gesellschaftsordnung fest, auch wenn dies kaum Eingang in die politische Tagespraxis findet; Modernisierer wollen dagegen die soziale, demokratische und ökologische Frage auf dem Boden des – wenn auch sozial regulierten – Kapitalismus lösen«.

¹⁵ Walter Riestler, Regulierung + Reform = Zukunft, in: Kowalsky/Schröder, Linke, was nun, a.a.O., S. 111.

¹⁶ Burkhardt Lutz, Es bleibt nicht mehr viel Zeit..., a.a.O., S. 28.